

**S P E R R F R I S T : Veranstaltungstermin
- Es gilt das gesprochene Wort -**

Rede

Beigeordneter Markus Märtens

Aktuelle Lage zur Flüchtlingsthematik in Leverkusen

Ratssitzung Montag, 2. November 2015, 15.00 Uhr

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Richrath,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich möchte Sie heute über die derzeitige Lage und die aktuellen Entwicklungen im Zusammenhang mit der Flüchtlingssituation hier in unserer Stadt informieren.

Außerdem möchte ich Ihnen noch einige Erläuterungen zu den Vorlagen geben, die hier heute im Zusammenhang mit der Unterbringung von Flüchtlingen zur Beratung auf der Tagesordnung stehen.

Ich werde diesen Bericht auch als Anlage dem Protokoll der heutigen Sitzung beifügen.

Ich bitte um Verständnis, dass ich diesen Weg gewählt habe, aber die aktuelle Situation hat es mir nicht erlaubt, den Sachstandsbericht, wie Sie ihn aus meinem Dezernat kennen, rechtzeitig zur heutigen Sitzung fertigzustellen.

Die Prognosen zu den zu erwartenden Flüchtlingen in Deutschland haben sich dramatisch verändert. Wir alle haben die aktuellen Bilder aus den Medien mit den Flüchtlingstracks vor Augen: Bilder von Menschen, die Zuflucht vor Krieg und Gewalt, vor Verfolgung und Verbrechen suchen, sind omnipräsent.

Und: Ein Ende der Gräueltaten, die ganze Familien dazu bringen zu flüchten, ist nicht absehbar.

Ende letzten, Anfang dieses Jahres sind wir noch von 230.000 Flüchtlingen in Deutschland für 2015 ausgegangen - inzwischen sagt die letzte offizielle Prognose, dass wir 800.000 Flüchtlinge in Deutschland erwarten. Und das ist die offizielle Prognose aus dem August. Gestern Abend in der Tagesschau wurde berichtet, dass bis September bereits 500.000 Menschen nach Deutschland gekommen sind und, nach Angaben der Bayerischen Landesregierung, seit September weitere 318.000.

Die Prognose wäre danach bereits überschritten – und das Jahr 2015 hat noch 8 Wochen!

Für Leverkusen bedeutet dies, dass statt der erwarteten 450 Flüchtlinge nunmehr (immer noch auf Basis 800.000 gerechnet) mind. rd. 1.500 Flüchtlinge zu uns kommen werden. Diese kommunale Zahl haben wir aber auch heute schon erreicht.

Bis zur letzten Prognose aus August waren wir in der Lage, mit den durch die Verwaltung vorgeschlagenen und durch Sie sukzessive beschlossenen Maßnahmen alle Menschen, die unserer Stadt zugewiesen werden, unterzubringen. Mit der Vorlage 2015/0700 haben wir Ihnen im September, resultierend aus der letzten Prognoseänderung auf 800.000 Menschen, einen Lösungsweg gezeigt, wie wir die zusätzlichen Menschen in Leverkusen vorübergehend aufnehmen wollen (Auermühle, Halle Hitdorf).

Die Ereignisse der letzten Wochen - wir haben Sie über die TOP-Verteiler laufend informiert - zeigen, dass sich die Situation noch weiter verschärft.

Unsere Planungen sind daher, kaum aufgestellt, oft schon wieder Makulatur. Das heißt für alle städtischen Mitarbeiter, die mit diesem Thema befasst sind, dass sie kaum nachkommen, was die neuen Unterkünfte angeht. Jeden Tag müssen wir die Situation neu betrachten und bewerten, zeitweise auch mehrfach am Tag.

Bis zur deutlichen Verschärfung der Gesamtsituation, ich komme nochmals auf die TOP-Verteiler-Schreiben zurück, waren wir gewappnet - so gut es in der augenblicklichen Situation geht. Aktuell stehen wir aber vor dem Problem, dass sich die Einrichtung der Zeldörfer Auermühle und Heinrich-Lübke-Straße verzögert.

Das heißt, wir haben in diesem Jahr nach derzeitigem Erkenntnisstand nicht etwa zu wenige Plätze, sondern diese werden zu spät fertig! Ich komme darauf zurück.

Wie kann dieser Situation begegnet werden?

Den Ablauf der Zuweisungen habe ich Ihnen in den vorliegenden Sachstandsberichten erläutert.

Wenn die Menschen nach Deutschland kommen, wird zunächst geprüft, welches Bundesland zuständig ist. Danach, sofern NRW zuständig ist, erfolgt die Zuweisung aus einer EAE in eine ZUE und dann in die zuständige Kommune.

Soweit die Theorie. Heute läuft es anders.

Die Landeseinrichtungen sind voll oder gar überfüllt und können keine Menschen mehr aufnehmen.

Das ist der Grund, warum wir im Wege der Amtshilfe in immer kürzeren Abständen aufgefordert werden, Einrichtungen als EAE des Landes in Form von Notunterkünften zu realisieren.

Unsere erste Landeseinrichtung ist im September im ehemaligen Gebäude der Schule Görresstraße eingerichtet worden. Zuerst noch und sehr kurzfristig und in einem enormen Kraftakt als vorübergehende Lösung, inzwischen - weil es nicht mehr anders geht - als mittelfristig dauerhafte Lösung. Deshalb schlagen wir vor, diese Einrichtung mit 600 Plätzen mittelfristig dem Land als Notunterkunft zur Verfügung zu stellen.

Eine entsprechende Vorlage liegt Ihnen vor.

Auch wenn die Einrichtung nicht vergleichbar ist mit unseren kommunalen Einrichtungen, insbesondere mit den neuen, so bietet sie doch 600 Menschen ein Dach über dem Kopf. Und das ist, angesichts des bevorstehenden Winters, das Wichtigste.

Um unsere kommunale Aufnahmeverpflichtung zu erfüllen, haben wir dem Land zwei weitere Standorte angeboten, in denen Landesflüchtlinge untergebracht werden.

Erstens in der Auermühle, wo die Bezirksregierung auf dem ehemaligen Freibadgelände eine Einrichtung für rd. 400 Personen plant, errichtet und durch den Malteser Hilfsdienst Leverkusen betreiben lässt.

In diesem Zusammenhang schlage ich vor, die Kapazitäten in der Auermühle zu erhöhen, um uns mehr Flexibilität und Planungssicherheit zu verschaffen. Wir können dort auch 600-800 Menschen unterbringen.

Zweitens haben wir der BR Köln vorgeschlagen, auf dem Sportplatz an der Heinrich-Lübke-Straße eine weitere Einrichtung mit rd. 400 Plätzen zu betreiben.

Planung und Errichtung durch die Stadt, Betrieb wird durch die BR Köln organisiert.

Die Fertigstellung der Anlagen verzögert sich aber aufgrund erforderlicher Vorbereitungsmaßnahmen. Somit ist mit einem Start des jeweiligen Betriebs erst Ende des Jahres 2015 / Anfang 2016 zu rechnen.

Wir brauchen die Plätze aber jetzt!

Um diese „zeitliche Lücke“ hinsichtlich der Bereitstellung von Kapazitäten zu schließen, schlagen wir Ihnen vor, die Heinrich-Brüning-Halle zu belegen, um hier den Betrieb von einer Landeseinrichtung vorzuziehen. Ich sage hier klar und deutlich:

Auch ich möchte keine Sporthallen schließen und belegen. Wir haben bis zuletzt versucht, diese Maßnahme zu vermeiden.

Wegen der Sportvereine, die sich aktiv im Integrationsprozess einbringen und wegen der Menschen, die wir dort unterbringen. Das ist nicht gut.

Aber die Tagesaktualität holt uns ein und erfordert in dem Zusammenhang auch kurzfristigste Notmaßnahmen.

Und wenn wir die Plätze nicht dem Land anbieten, dann müssen wir sie kommunal belegen. Jedoch mit einem geringeren Anrechnungsfaktor, als Landesplätze in der Kommune angerechnet werden; das heißt, wir bräuchten kurzfristig noch mehr Plätze.

Wir kommen damit unserer gesetzlichen aber auch, wie ich finde, unserer moralischen Verpflichtung zur humanitären Hilfeleistung nach.

Warum gehen wir in die Offensive und bieten dem Land Plätze in dieser Größenordnung an? Diese Frage wird immer wieder gestellt, auch die Frage, warum wir nicht sagen, wir können keine Menschen mehr aufnehmen.

- Nun, zum einen, um unserer Verpflichtung nachzukommen. Unserer gesetzlichen Verpflichtung aus dem FlüAG und den Amtshilfeersuchen, zum anderen aber auch aus humanitären Gründen.

- Ferner, weil wir der Auffassung sind, dass für uns als Stadt offensives Vorgehen besser planbar ist, als jede Woche von kommunalen Neuzuweisungen überrascht zu werden.

Derzeit rechnen wir mit einer Aufnahmeverpflichtung von ca. 80 Menschen/Woche. 80 Menschen pro Woche bedeutet eine Einrichtung im Bühl. Jede Woche.

Wir stoßen dabei an unsere Grenzen. Und deswegen meine ich: Besser agieren als reagieren.

Kurz zu den aktuellen Zahlen:

Wir haben seit Anfang des Jahres rd. 1000 kommunale Flüchtlinge aufgenommen, hinzukommen rd. 600 Menschen in der Görresstraße. Schon mit diesen Plätzen haben wir unsere Aufnahmequote von rd. 1500 Menschen, basierend auf 800.000 Flüchtlingen nach der letzten Prognose erfüllt. In der aktuellen Statistik liegen wir aber hier noch hinter unserer Verpflichtung.

Über 400 Menschen konnten wir in diesem Jahr in Wohnungen unterbringen. Das ist knapp 5 x die Anlage im Bühl, die wir durch konsequente Anwendung des Leverkusener Modells nicht errichten mussten.

Dieses Modell ist und bleibt damit ein Erfolgsmodell!

Um unsere weiteren Verpflichtungen zu erfüllen, schlage ich vor, Landesplätze einzurichten.

Denn die Plätze, die wir in diesen Einrichtungen schaffen, werden uns auf die kommunale Aufnahmeverpflichtung angerechnet und zwar mit dem Faktor 1,3, d.h. jeden Platz, den ich dort schaffe, zählt in meiner Aufnahmeverpflichtung 1,3-fach.

Dazu kommt ein weiteres Problem:

Es wird für uns zusehends schwieriger, den Betrieb in den Einrichtungen zu organisieren. Der Betrieb in diesen Landeseinrichtungen erfolgt über die BR Köln mit ihren Partnern, im Falle der Görresstraße betreibt seit dem 19.10.2015 die AWO Leverkusen für uns die Einrichtung. Es wird schwierig weitere Partner zu finden, denn auch dort fehlt inzwischen das Personal.

Glauben Sie mir, es ist nicht hilfreich, bei dieser Frage zu sagen: Wir nehmen keine Flüchtlinge mehr auf. Die Menschen sind doch da! Allein an der Drehscheibe Köln wurden bisher an 19 Tagen rund 20 Sonderzüge mit über 10.000 Menschen aufgenommen und auf die Kommunen verteilt.

Zur Vermeidung der Obdachlosigkeit müssen wir unserer Verpflichtung nachkommen. Und dann plädiere ich für, wie bereits ausgeführt, offensives Agieren statt defensivem Reagieren.

Natürlich hat das System Schwächen!

Wenn ich mir etwas wünschen dürfte, würde ich mir in erster Linie frühzeitigere und bessere Informationen seitens der übergeordneten Behörden wünschen!

Aber können die das leisten? Ich weiß es nicht. Was ich aber weiß ist, dass alle handelnden Akteure unter enormem Druck stehen und dass die Informationen, die ich mir wünschte, oftmals einfach nicht vorliegen.

Natürlich ist es unbefriedigend und ärgerlich, wenn unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sowie Ehrenamtler, Frau Schillings vom Flüchtlingsrat etc. nachts alarmiert werden, dass Menschen zu uns kommen und sie müssen dann nach Stunden des Wartens mitteilen: Kommt doch keiner, Leverkusen erhält heute keine Zuweisungen, obwohl eigentlich angekündigt!

Und glauben Sie mir, auch ich habe mir so manche Nacht um die Ohren geschlagen und bin unverrichteter Dinge wieder abgezogen.

Aber: Sie alle haben wahrscheinlich bspw. die tragischen Bilder von der griechischen Insel Lesbos vor Augen.

Rettungskräfte, die erfrorene und ertrunkene, tote Menschen aus dem eisigen Meer ziehen, viele Kinder.

Und wenn sie dann nachts vor Ort an unseren eigenen Einrichtungen stehen und sehen, in welcher Verfassung die Menschen hier ankommen, erschöpft und nur mühsam noch auf den Beinen, dann wissen Sie: Das macht keiner ohne sehr große Not! Vorgestern kamen 100 Menschen abends mit dem Bus direkt aus Passau.

Und auch bei mir selbst stelle ich Veränderungen fest:

die Anonymität der Berichterstattung, die Distanz der Mattscheibe fällt weg, die Schicksale werden auf einmal sehr persönlich, bekommen einen Namen, eine Stimme.

Dankbarkeit steht bei den meisten im Vordergrund. Dankbarkeit für ein Bett, ein Essen, Kleidung, ein persönliches Gespräch.

Und da packen die Menschen auch gerne selbst mit an, wenn es darum geht, Betten zu schleppen u.ä.

Die viel beschworenen Wirtschaftsflüchtlinge habe ich dabei noch nicht zu Gesicht bekommen.

Apropos Herkunftsländer:

Kurz zu einer weiteren Statistik: Wo kommen die Menschen her?

Die größte Gruppe der in diesem Jahr kommunal zugewiesenen Menschen kommt aus Syrien (293 Personen), gefolgt von Irak (116) und Afghanistan (87).

Bei denjenigen, die schon längere Zeit bei uns sind, gibt es noch eine große Gruppe von Albanern (180 Personen).

Dieses Jahr kamen noch 47 Serben, 42 Kosovaren, 29 Bosnier und 37 Menschen aus Mazedonien.

Hier gilt aber:

Das sind Menschen, die schon längere Zeit bei uns sind. In den vergangenen Wochen kamen sehr wenige Menschen aus diesen Ländern, in dieser Woche kommen bspw. 3 Albaner und 2 Kosovaren. Von über 90 Zuweisungen.

Wir werden Ihnen diese Statistik für den kommenden Sachstandsbericht aufschlüsseln.

Wie geht es weiter?

Nun, wenn wir die Zahl 800.000 Flüchtlinge auch für das kommende Jahr zu Grunde legen, kommen auch dann wieder 1.500 Menschen nach Leverkusen.

Man wird sehen, wie sich die bundesrechtlichen Neuregelungen auswirken, Stichwort: sicherere Drittstaaten. Ich vermute, das verändert in der Kommune, so wir

denn wirksam rückführen können, nur die Anzahl der Personen die schon längere Zeit bei uns sind. Die aktuellen Neuzuweisungen kommen nicht in größerem Maße aus sicheren Drittstaaten, ich habe das bereits ausgeführt.

Wir müssen also auch im nächsten Jahr weitere Kapazitäten aufbauen, beschlossen sind derzeit 360 Plätze (Merziger Straße/Heinrich-Claes-Straße/Dohrgasse) für das Jahr 2016. Die entsprechenden Vorschläge werden wir Ihnen zeitnah zur Beratung zuleiten.

Ich habe Ihnen eingangs gesagt, dass diese Art der Information nicht die ist, die Sie gewohnt sind.

Aber ich bitte um Verständnis.

Verständnis dafür, dass dringliche Angelegenheiten in Form von Dringlichkeitsentscheidungen getroffen werden müssen.

Verständnis dafür, dass derzeit nicht alles im gewohnten Standard machbar ist.

Verständnis dafür, dass eine Information mal nicht sofort erfolgen kann.

Verständnis dafür, dass es hier und da mal hakt und etwas holprig wirkt.

Verständnis auch dafür, dass der Dezernent eben nur auf einer Veranstaltung sein kann.

Wir müssen momentan alle Kräfte bündeln.

Aber wir haben viele Kräfte, die sich einbringen wollen und dies auch tun. Unsere Aufgabe als Verwaltung ist es auch, dieses Engagement zu unterstützen, zu begleiten und zu koordinieren.

Hieran arbeiten alle Beteiligten, neben der „harten Unterbringungs Aufgabe“ mit Hochdruck.

Zum Abschluss möchte ich mich aber auch hier und heute bei allen bedanken, die mit uns gemeinsam im Sinne der Integration wirklich engagiert, teils rund um die Uhr, im Einsatz sind:

- bei Ihnen, den Mitgliedern des Rates, die diesen Weg stets in der Mehrheit konstruktiv begleitet haben!
- bei den Freiwilligen Feuerwehren, der Berufsfeuerwehr und den Hilfsorganisationen, insb. den Maltesern,

- bei den Wohlfahrtsverbänden,
- beim Flüchtlingsrat,
- bei ungezählten Ehrenamtlern,
- bei der Bevölkerung,
- bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung,

jede Gruppe hat sich individuell eingebracht, überall dort wo Unterstützung benötigt wurde und das oftmals fernab von den eigentlichen „Aufgaben“. Da wurden Betten geschleppt, Bettwäsche besorgt und gepackt, Betten bezogen, ein Ausflug organisiert oder mit „Sprachkenntnissen“ bei der Kommunikation geholfen. Trotz dieser großen Herausforderung, die alle Beteiligten täglich neu fordert, möchte ich aber auch an dieser Stelle deutlich machen, dass es mich freut, wenn ich die Energie in unserer Stadt erlebe, in Form der vielen aktiven Menschen, die sich einbringen, um diese große Aufgabe zu bewältigen. Im Sinne der Flüchtlinge, dieser Stadt und auch aus ganz eigener Überzeugung.

Danke für das große Engagement und die Unterstützung. Ich meine: Wir können stolz auf das bisher Geleistete sein.

Die Aufgaben werden nicht leichter, ich bin kein Sozialromantiker und sehe den Herausforderung realistisch ins Auge!

Aber wenn ich Ihnen hier heute viel über Zahlen, Anrechnungsfaktoren, Prognosen und Bedarfsplanung berichtet habe, eines sollten wir dabei nicht vergessen:

Wir sprechen über Menschen und Menschlichkeit. Menschen wie Sie und ich, Menschen, die nicht so viel Glück hatten, in Frieden und Freiheit aufzuwachsen und zu leben.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!